

ternehmensaufkäufe durchzuführen. Mit den Aufkäufen chinesischer Unternehmen im Ausland geht auch die Diskussion einher, inwieweit hinter diesen Aktivitäten die lenkende Hand der Regierung steht. Aus Sicht von Arthur Kroeber, geschäftsführender Herausgeber des *China Economic Quarterly*, benötigten die chinesischen Unternehmen nicht den Hinweis der Regierung, sich im Ausland zu engagieren, sondern sie seien selbst höchst motiviert, global präsent zu sein. Kroeber zufolge sind die Expansionsmöglichkeiten für viele Unternehmen in China jedoch relativ beschränkt, so dass sie auch aus diesem Grund ins Ausland gehen. Ein weiterer Grund stellt nach Kroeber die Tatsache dar, dass chinesische Unternehmen zwar durchaus einen Preisvorteil haben, es ihnen jedoch an moderner Technologie fehle. Das Gewinnmotiv ist nach Kroeber ein zusätzlicher Grund der Auslandsaktivitäten. So würden viele chinesische Unternehmen, wie beispielsweise Lenovo und Haier, nur sehr niedrige Gewinne im Inland erwirtschaften. (XNA, 10., 29.10.05; ST, 30.9.05)

27 Hoher Außenhandelsüberschuss für 2005 prognostiziert

In den ersten neun Monaten d.J. verzeichnete der chinesische Außenhandel einen Überschuss von 68,33 Mrd. US\$, mehr als doppelt so viel wie im gesamten Jahr 2004 von rd. 32 Mrd. US\$. Es wird erwartet, dass am Ende des Jahres 2005 der Überschuss auf rd. 90 Mrd. US\$ steigen könnte.

Neben einem hohen Exportzuwachs von 26% bei Ausfuhren von insgesamt 745 Mrd. US\$ wird eine Steigerung der Importe um 18% auf 655 Mrd. US\$ vom chinesischen Handelsministerium angenommen. Das weiterhin hohe Wachstum der Ausfuhren fand statt, obwohl im Juli die Währung um 2,1% aufgewertet und die EU und die USA die Einfuhren von Textilien beschnitten hatten.

Bei den Importen wird in diesem Jahr vor allem beim Erdöl eine ne-

gative Bilanz erwartet. Insgesamt wird von Einfuhren in Höhe von 130 Mio. t mit einem Wert von rd. 55 Mrd. US\$ ausgegangen. Ein Anstieg der Weltmarktpreise für Erdöl ist vor diesem Hintergrund gerade für die chinesische Wirtschaft ein Problem.

Der wachsende Handelsbilanzüberschuss ist jedoch gleichzeitig ein Gegenstand der Auseinandersetzung geworden. So wird von Seiten der chinesischen Regierung befürchtet, dass dieser Überschuss als Auslöser für handelspolitische Restriktionen herangezogen werden könnte. Zhou Xiaochuan, Präsident der chinesischen Zentralbank, nahm den erwarteten hohen Bilanzüberschuss zum Anlass, die Frage des Wechselkurses erneut aufzugreifen. Allerdings vertritt Zhou noch die Position, dass die Erhöhung der Inlandsnachfrage von weitaus größerem Einfluss auf die Entwicklung des Außenhandelsüberschusses sei als die Veränderung des Wechselkurses.

Das Defizit der USA im Handel mit China belief sich im letzten Jahr auf 162 Mrd. US\$ und könnte in diesem Jahr sogar auf rd. 200 Mrd. US\$ steigen. Aus den USA kommen vor diesem Hintergrund vielfältige Vorschläge, die auf eine Trendwende in dieser Entwicklung gerichtet sind. So will der demokratische Senator Charles Schumer zusammen mit dem republikanischen Senator Lindsey Graham auf alle chinesischen Einfuhren einen Importzoll von 27,5% verhängen, sollte die chinesische Regierung bei der Reform ihres Wechselkursregimes nicht schnellere Fortschritte machen. Allerdings gibt es auch andere Stimmen, die den wachsenden Druck auf die Regierung bei der Frage des Wechselkurses kritisieren. So kommentierte Steve Forbes, Herausgeber des *Forbes Magazine*: „The American administration is making a major mistake, trying to pressure the Chinese“. (IHT, 10.11.05; ST, 1.11.05; WSJ, 7.10., 1.11.05)

Binnenwirtschaft

Margot Schüller

28 Weltbank sieht Chinas „soft landing“ erreicht

Anfang November kommentierte die Weltbank die konjunkturelle Entwicklung in China mit den Worten, dass eine Abschwächung des sehr hohen Wachstums im 3. Quartal erreicht zu sein scheint. So sei ein Wandel im Wachstumsmuster gegenüber dem ersten Halbjahr d.J. feststellbar, der vor allem eine höhere Inlandsnachfrage widerspiegele, während der Beitrag des Außenhandels zurückgegangen sei. Die Ausweitung der Inlandsnachfrage basiert nach Einschätzung der Weltbank auf einer deutlichen Zunahme des Konsums und höheren Investitionen. Für das laufende Jahr erwartet die Weltbank eine Wachstumsrate von 9,3% und im kommenden Jahr eine leichte Abschwächung auf 8,7%. Allerdings warnt die Weltbank vor einem erneuten zu hohen Anstieg der Investitionen. Befürchtungen, dass eine zu starke Ausweitung der Investitionen eine Überhitzung der Wirtschaft auslösen könnte, hatten bereits im Jahre 2004 zu restriktiven Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik geführt.

Auch Tang Xu, Direktor des Forschungsinstituts der chinesischen Zentralbank, spricht davon, dass ein „soft landing“ erreicht worden sei. Tang Xu verwies dabei auf den Rückgang der Inflation und der Investitionen. Die schnelle Ausweitung der Geldmenge M2 in den letzten Monaten führte Tang Xu auf den starken Zufluss von Devisen zurück. Keineswegs habe die Zentralbank ihre Geldpolitik gelockert. Für das Jahr 2005 wurde der Zuwachs von M2 von ursprünglich 15% auf 17% nach oben korrigiert.

Die Zentralbank veröffentlichte in einem anderen Bericht ihre Inflationserwartungen für das laufende Jahr. Gegenüber der Anfang d.J.

veröffentlichten Prognose einer Inflationsrate von 3 bis 3,5% wird nunmehr für das laufende Jahr von 2% ausgegangen. Die Zentralbank sieht darüber hinaus die Gefahr eine Deflation.

Im 3. Quartal verzeichnete das Wachstum eine Marke von 9,4%, und für die gesamten neun Monate d.J. wurde eine Wachstumsrate von 9,4% realisiert. Damit schwächte sich die konjunkturelle Entwicklung gegenüber 2004, als ein Wachstum von 9,5% gemeldet worden war, nur sehr geringfügig ab.

Die hohen Investitionen werden nach Einschätzung verschiedener Analysten dazu führen, dass die bestehenden Kapazitäten weiter ausgebaut und im kommenden Jahr – zusammen mit höheren Preisen für Energie und Rohstoffen – die Gewinnmargen vieler nachgelagerter Industrien beeinträchtigen werden. In den ersten neun Monaten d.J. stiegen die Anlageinvestitionen um 26,1% gegenüber der Vorjahresperiode.

In einem Bericht des State Information Center, der im *China Securities Journal* veröffentlicht wurde, wird von einer Ausweitung der Kohleerzeugung um 6% und der Erdölproduktion um 3,33% ausgegangen. Obwohl derzeit noch Engpässe in der Stromerzeugung bestünden, werde davon ausgegangen, dass es bereits nach zwei Jahren ein Überangebot geben wird. Für das kommende Jahre erwartet das State Information Center einen Zuwachs in der Elektrizitätserzeugung von 12,1%. (WSJ, 2., 9.11.05; ST, 3., 4.11.05; NfA, 25.10.05)

SVR Hongkong

Katja Levy / Katrin Willmann

29 Erste Regierungserklärung Donald Tsangs

Unter dem Titel „Strong Governance for the People“ gab Donald Tsang als Regierungschef (*Executive*

Council) der Sonderverwaltungsregion Hongkong (SVR) am 12. Oktober 2005 seine erste Regierungserklärung (*shizheng baogao* bzw. *policy address*) ab. In seiner Rede vor der Hongkonger Legislativversammlung (*Legislative Council*, LegCo) griff er die Punkte seines Wahlprogramms auf und ergänzte die Liste seiner Vorhaben. Hinweise zur künftigen konstitutionellen Entwicklung beinhaltete die Regierungserklärung nicht.

Als Zielsetzung für seine Amtszeit gab Donald Tsang – wie sein Vorgänger Tung Chee-hwa in seiner letzten Regierungserklärung im Januar 2005 – an, die wirtschaftliche Entwicklung gewährleisten und für soziale Harmonie sorgen zu wollen (vgl. C.a., 1/2005, Dok 33). Damit ließ sich der neue *Chief Executive* ebenfalls ganz auf die Rhetorik der parteistaatlichen Führung unter Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao ein. Allerdings benannte er im Gegensatz zu Tung konkrete Maßnahmen, die z.T. auf Neuerungen aus der Regierungszeit Tungs aufbauen, z.T. aber auch Elemente aus der britischen Herrschaft wieder aufgreifen.

So sollen die Kompetenz des Verwaltungsministers und des Finanzministers erweitert werden. Die anderen Minister sollen ihnen gegenüber eine Informationspflicht haben, ferner werden sie für die Politikkoordination verantwortlich sein. Während alle anderen Mitglieder nur den (Teilen der) Kabinettsitzungen beiwohnen sollen, in denen ihre jeweiligen Themengebiete behandelt werden, sollen diese gemeinsam mit dem Justizminister zukünftig an allen Sitzungen teilnehmen. Damit erhalten der Verwaltungsminister und der Finanzminister wieder den gleichen Status wie zuletzt während der britischen Kolonialherrschaft unter Gouverneur Chris Patten.

Gleichzeitig wird die Zahl der inoffiziellen Mitglieder des Regierungskabinetts, dem *Executive Council*, von bislang sieben auf 15 Mitglieder erhöht und ihre Einflussmöglichkeit in der politischen Entscheidungsfin-

dung gestärkt. Obwohl schon sein Amtsvorgänger Tung Chee-hwa bei der Einführung des Ministerialsystems im April 2002 inoffizielle Mitglieder zu Beratungszwecken in das Kabinett geholt hatte, konnten diese ihre Position bisher nicht immer effektiv ausfüllen (vgl. C.a., 4/2002, Ü 37, 6/2002, Ü 30). Die Erweiterung des Personenkreises mit erfahrenen Persönlichkeiten aus den unterschiedlichsten Berufsgruppen, die nicht unbedingt eine parteipolitische Zugehörigkeit vorweisen müssen, soll zur Verbesserung des Politikfindungsprozesses beitragen (zur Neubesetzungen im Regierungskabinett siehe Dokumentation unten).

Weiterhin soll die Kommission zur Strategischen Entwicklung, die 1998 ins Leben gerufen wurde, als Beratungsgremium für langfristige Fragestellungen wie die Demokratisierung des politischen Systems wiederbelebt und ihre Mitgliederzahl von derzeit 14 auf 100 erheblich erhöht werden. Vertreter aus dem prodemokratischen Parteienlager sollen dabei verstärkt integriert werden. Zur Verbesserung der Informationspolitik und des Verhältnisses zwischen der Regierung und den Hongkonger Medien soll ferner ein Informationskoordinator ernannt werden.

Abgesehen von den verschiedenen Maßnahmen für eine effizientere Regierungsführung sind als eine weitere wichtige Politikinitiative die verbesserten Zugangsbedingungen zum Hongkonger Arbeitsmarkt für Festlandschinesen und Ausländer zu nennen. Um den kleinen Pool an Fachkräften in Hongkong vergrößern und die Konkurrenzfähigkeit des Hongkonger Wirtschaftsstandortes steigern zu können, ist vorgesehen, zeitlich begrenzte Aufenthaltsgenehmigungen auch dann zu erteilen, wenn noch kein Arbeitsverhältnis besteht.

Im Hinblick auf die Kooperation mit dem Festland ist die Einrichtung eines Verbindungsbüros mit dem Festland geplant, das dem Constitutional Affairs Bureau zugeordnet ist. Weiterhin sollen zwei weitere Hongkong-Vertretungen in Shanghai und